



**STRATEGISCHE JAHRESPLANUNG 2013
DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR**

auf der Grundlage des

ARBEITSPROGRAMMS DER KOMMISSION

sowie des

**18-MONATSPROGRAMMS DER IRISCHEN, LITAUISCHEN
UND GRIECHISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTEN**

INHALT

1. ZUSAMMENFASSUNG.....	3
1.1. BILDUNG.....	3
1.2. KULTUR UND AUDIOVISUELLES	4
2. ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION.....	5
2.1. UMSETZUNG DER EUROPA 2020-STRATEGIE.....	5
2.2. JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2013.....	7
3. EU-STRATEGIE FÜR DEN DONAURAUM.....	8
4. JAHRESVORSCHAU IM BEREICH BILDUNG.....	11
5. JAHRESVORSCHAU IM BEREICH KULTUR UND AUDIOVISUELLES	18
6. MINISTERRÄTE UND KONFERENZEN	27
6.1. TERMINE FÜR BILDUNG	29
6.2 TERMINE FÜR KULTUR UND AUDIOVISUELLES.....	30

1. ZUSAMMENFASSUNG

1.1. ZUSAMMENFASSUNG BILDUNG

Zu den Hauptzielen des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2013 zählen die Steigerung des Wachstums sowie die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung in der Europäischen Union. Bildung und Mobilität spielen – wie schon bei den strategischen Prioritäten der Europa 2020-Strategie – eine Schlüsselrolle bei der Erreichung dieser Ziele. Besonders in Zeiten der Krise sind Investitionen in Bildung als langfristige wachstumsfördernde Maßnahmen von hoher Bedeutung. Europas Bildungs- und Berufsbildungssysteme müssen jungen Menschen jene Qualifikationen vermitteln, die der Arbeitsmarkt benötigt. Die irische Präsidentschaft stellt Qualität und Chancengerechtigkeit als Hauptthemen ins Zentrum ihrer Bemühungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich.

Wie schon im Vorjahr stehen auch 2013 die Verhandlungen des Legislativvorschlags zum neuen **EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport „Erasmus für alle“** im Mittelpunkt. Im Mai 2012 erreichte der Rat der Bildungsminister/innen eine partielle allgemeine Ausrichtung – eine politische Einigung zu bestimmten Aspekten des Programms – dazu. Die irische Präsidentschaft wird die Trilogverhandlungen zum neuen EU-Programm mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission führen. Geplant ist, diese bis Mai 2013 abzuschließen. Das Programm vereint die Bereiche Bildung, Jugend und die internationalen Programme im Hochschulbereich. Erstmals ist ein Unterprogramm für Sport vorgesehen.

Das Programm baut auf folgenden thematischen Säulen auf:

1. transnationale Bildungsmobilität
2. Unterstützung für Partnerschaften und Kooperationen
3. Unterstützung von politischen Maßnahmen.

Für das auf sieben Jahre angelegte zukünftige EU-Programm Bildung, Jugend und Sport soll nach Vorschlag der Kommission ein Gesamtbudget von 19 Mrd. Euro bereitgestellt werden.

Das BMUKK setzt sich dafür ein, dass das EU-Bildungsprogramm in Zukunft gezielter zur **Internationalisierung und Qualitätsentwicklung** der Bildungseinrichtungen beiträgt und noch mehr Schüler/innen und Lehrkräfte die Chance auf Mobilität und länderübergreifende Kooperation bekommen.

Ein weiteres wichtiges Thema unter irischer Präsidentschaft wird die Rolle der Ausbilder/innen für Lehrkräfte sein. Lehrkräfte beeinflussen maßgeblich die Bildungserfolge von jungen Menschen. Eine qualitativ hochwertige **Pädagog/innenbildung** ist daher der Grundstein für guten Unterricht und in weiterer Folge für bessere Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern.

1.2. ZUSAMMENFASSUNG KULTUR UND AUDIOVISUELLES

Der Rat wird sich 2013 darauf konzentrieren, die Verhandlungen zu den beiden EU-Förderprogrammen „Kreatives Europa“ (2014-2020) und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2014-2020) so rasch abzuschließen, dass der nahtlose Übergang von der jetzigen zur neuen Programmgeneration gewährleistet ist. Voraussetzung dafür ist ein straffer Zeitplan und eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Rat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament.

Mit dem EU-Programm „**Kreatives Europa**“ sollen die **Kultur, die Film- und die Kreativbranche** gefördert werden. Für die Laufzeit 2014-2020 hat die Europäische Kommission ein Budget von 1,8 Mrd. Euro veranschlagt (+54%). Ziel ist es, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche zu stärken. Österreich war es, wie vielen anderen Ländern auch, wichtig, eine Balance zwischen dem Eigenwert der Kultur und ihrem wirtschaftlichen Potenzial herzustellen sowie Kinder und Jugendliche als Zielgruppe besonders zu berücksichtigen. Das Europäische Parlament hat diese Haltung erwartungsgemäß bestätigt, nun gilt es den Konsens in allen Fragen zu finden.

Das EU-Programm „**Europa für Bürgerinnen und Bürger**“ möchte das Geschichtsbewusstsein und die **Bürgerbeteiligung** fördern, um damit das gesellschaftliche und politische Engagement der Menschen in Europa zu stärken. Das Programmbudget ist mit 229 Mio. Euro (+4%) für die Jahre 2014-2020 veranschlagt. Damit sollen unter anderem Städtepartnerschaften, transnationale Kooperationsprojekte, europaweit tätige Organisationen sowie Studien und Analysen unterstützt werden. Österreich hat sich bezüglich der Förderung des Geschichtsbewusstseins dafür eingesetzt, den Terminus „Holocaust“ explizit in der Verordnung zu verankern. Damit soll die negative Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen verdeutlicht werden.

Seit 1985 wird die äußerst erfolgreiche Aktion der Europäischen Union für die „**Kulturhauptstädte Europas**“ durchgeführt. Der neue Legislativvorschlag zur Fortführung der Aktion in den Jahren 2020-2033 wurde am 20. Juli 2012 von der Europäischen Kommission vorgelegt. Erfreulich ist, dass die positiven Erfahrungen der Kulturhauptstadt Linz09 in den Kommissionsvorschlag eingeflossen sind. Dazu zählen eine langfristige Perspektive, ein stabiles Budget, „Good Governance“ sowie die Einbeziehung der Bevölkerung. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments wird im Frühsommer 2013 erwartet.

Weitere Aktivitäten des Rates gelten der Digitalisierung. So soll die europäische **digitale Bibliothek „Europeana“** auf eine gesicherte finanzielle Basis gestellt werden und der Zugang zu kreativem Content weiter geöffnet werden. Diesbezüglich ist eine Ratsempfehlung zum Europäischen Filmerbe, Kinodigitalisierung und Content online vorgesehen.

Zudem wird seitens der Kommission ein Legislativvorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates verbrachte **Kulturgüter** erwartet. Diese Überarbeitung der Richtlinie wird aufgrund der bislang positiven Erfahrungen befürwortet.